

Quo Vadis USA? – Der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

10. November 2022

“Die U.S. Midterms – Eine erste Bilanz”

Martin Thunert, Heidelberg Center for American Studies

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zum HCA Podcast, mein Name ist Anja Schüler. Die USA haben gewählt – vor zwei Tagen sind Amerikanerinnen und Amerikaner an die Urnen gegangen, um über ein neues Repräsentantenhaus, ein Drittel des Senats, sechsunddreißig Gouverneure und eine Reihe anderer wichtiger Ämter in den Einzelstaaten abzustimmen. Im Vorfeld schien das Land gespalten wie lange nicht, und mit den äußerst knappen Mehrheiten der Demokraten in beiden Häusern des Kongresses stand viel auf dem Spiel. Aber die Republikaner haben nicht so gut abgeschnitten wie gedacht. Dennoch zeichnet sich, Stand Donnerstagnachmittag, eine republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus ab. Die endgültige Zusammensetzung des Senats werden wir wohl erst im Dezember kennen – alles hängt vom Wahlausgang in Georgia ab.

Historisch gesehen sind die Zwischenwahlen vor allem ein Referendum über den Präsidenten und seine Politik, und angesichts der schlechten Popularitätswerte von Joe Biden rechneten viele noch vor wenigen Monaten mit einer sogenannten “Roten Welle“, die den Republikanern die nötigen Mehrheiten im Kongress verschaffen würde. Die unpopuläre Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zum Abtreibungsrecht, Bidens dann doch beachtliche gesetzgeberische Leistungen und das schlechte Abschneiden der vom ehemaligen Präsidenten Donald Trump unterstützten Kandidaten in den Vorwahlen ließen das Umfragependel im Sommer dann wieder zurückschwingen. Die Rede von der „Blauen Wand“ machte die Runde, darüber haben wir im letzten Podcast gesprochen. Auf der Zielgeraden aber scheinen dann die Republikaner wieder die Nase vorn zu haben. In den letzten Wochen rückten die wirtschaftlichen Sorgen der Wähler, besonders die rasant steigenden Preise, in den Vordergrund. Wir schauen also auf eine recht komplexe Gemengelage und werden sie heute ein wenig aussortieren mit meinem Kollegen Martin Thunert, dem Senior Lecturer Politikwissenschaft am HCA. Er war schon oft zu Gast bei uns im Podcast. Willkommen zurück!

Martin Thunert: Ja, Anja – ich freue mich auch wieder dabei zu sein und freue mich jetzt auf diese halbe Stunde.

Anja Schüler: Dann versuchen wir uns zunächst mit einer Bestandsaufnahme. Was sind die wichtigsten Ergebnisse dieser Wahlen? Was sind die wichtigsten Lehren aus diesem Wahltag?

Martin Thunert: Genau, das Ergebnis hast du natürlich schon in deiner Anmoderation angesprochen, nämlich, dass die sogenannte „Rote Welle“ – vielleicht für die Hörerinnen und Hörer, die uns nicht regelmäßig folgen: rot steht in den USA nicht für links, sondern für die Republikanische Partei und blau, im Rest der Welt die Farbe der Konservativen, steht dort aber für die Demokraten, die USA ist auch da exzeptionell – also ein erdrutschartiger Sieg der Republikaner trat nicht ein. Natürlich ist die große Frage, warum ist das nicht eingetreten? Ich glaube, dass einer der Gründe, die werden jetzt so sechsendreißig Stunden nach Schließung der Wahllokale klar, ist, dass natürlich in den USA mittlerweile, das war schon 2020 so, eine ganz große Zahl von Wählerinnen und Wählern das sogenannte *Early Voting*, das beginnt schon im September, wahrnehmen. Wir wissen, auch das haben wir bei den ersten Ergebnissen gesehen in der Nacht, dass dann die demokratischen Kandidaten siebzig bis achtzig Prozent der Stimmen haben, weil das *Early Voting* wird sehr, sehr überwiegend, ähnlich wie das Briefwählen, von Anhängern der Demokratischen Partei wahrgenommen. Viele der Umfragen, die jetzt am Ende Leute befragt haben, und aufgrund dessen diese Ankündigung der „Roten Welle“ gemacht wurde, haben natürlich diese *Early Voting* Leute nicht mehr richtig erfasst. Das kann ein Grund sein, dass diese *Tracking Polls* in den Tagen vor der Wahl, die diesen Erdrutsch anzukündigen schienen, nicht per se falsch waren, aber die *Early Voters* sind nicht richtig gewichtet, und das ist eine Lehre für die Zukunft.

Wenn das in den USA so bleibt, dass im Grunde es nicht mehr nur diesen Wahltag gibt, in dem also am ersten Dienstag, der auf den ersten Montag im November folgt, dann haben wir eine Wahlzeit von fast zwei Monaten oder sechs Wochen, dann muss sich auch die Dynamik der Wahlkämpfe verändern, und das hat man nicht berücksichtigt und dass sehr viele Demokraten eben früh gewählt haben, aufgrund dessen hat man deren Stärke unterschätzt. Das ist für mich eine Lehre, die auch die Wissenschaften, vor allen Dingen auch die Umfrageorganisationen, beherzigen müssen. Es gibt aber, glaube ich, noch zwei, drei andere Gründe, warum die „Rote Welle“ nicht eintrat, aber über die werden wir dann gleich noch im Einzelnen reden. Das eine hat damit zu tun, dass wir zwei Mobilisierungswahlkämpfe gehabt haben mit ganz anderen Themen, auf die wir gleich noch zu sprechen kommen, denke ich. Da hat man auch unterschätzt, wie stark die Themen, die die demokratischen Wähler bei sich ganz oben angesiedelt hatten, doch mobilisiert haben. Das dritte, auch da werden wir noch mal drauf zu sprechen kommen, ist, dass die Republikaner, das haben sie schon mal vor zehn Jahren in der Tea Party Zeit gemacht, einfach gerade in einigen Senatswahlen, aber auch in einigen Wahlen im *House of Representatives*, Leute nominiert haben, meistens unterstützt oder fast immer unterstützt von Ex-Präsident Trump, die seine Wahlniederlage nicht anerkennen, aber das tun auch andere, und einfach sehr unglückliche Kandidaten sind, da sie extreme Positionen vertreten, oft keinerlei Erfahrung haben und sich dann auch im Wahlkampf oder in den Debatten mit ihren Opponenten offiziell schlecht schlagen. Gerade die Offenheit noch jetzt des Senates ist dem geschuldet, dass zum Beispiel Herschel Walker, darüber werden wir noch sprechen, in Georgia eben nicht so gut abgeschnitten hat wie andere

Republikaner, die an diesem Tag in diesem Staat zur Wahl standen, wie etwa der Gouverneur Kemp, der fast 5 Prozent mehr Stimmen der Republikaner erworben hat. Das sind für mich zunächst mal die Gründe, und dann natürlich, wie gesagt allgemein, dass das *Early Voting* viele Wähler dann schon Ende September und Anfang Oktober an die Wahlurnen getrieben hat.

Anja Schüler: Genau, du hast es gesagt: teilweise sehr bizarre Kandidaten der Republikaner, wir werden noch drauf zu sprechen kommen. Machen wir doch erst mal mit den Themen weiter. Mit welchen Themen haben die Parteien ihre Wählerinnen und Wähler mobilisiert? Haben Wirtschaftsfragen alles dominiert, wie es im Vorfeld gerne hieß? Oder gab es auch noch andere wahlentscheidende Themen?

Martin Thunert : Nein, ich hatte auch schon angedeutet, dass es zwei Wahlkämpfe gegeben hat und dass natürlich für alle Wähler in den USA, das haben auch die Umfragen gezeigt, für ungefähr achtzig Prozent stand die Wirtschaftslage und speziell die Inflation, die sich dann hauptsächlich in hohen Energie und Lebensmittelpreisen ausdrückt, das ist nicht so ganz anders als bei uns, auf der Priorität, aber das heißt nicht unbedingt, dass alle Wähler nur nach diesem Kriterium gewählt haben – dann hätten wahrscheinlich die Republikaner sehr deutlich gewonnen. Der Wahlkampf bei den Demokraten wurde geführt, auch ganz stark mit dem Thema, du hast es schon gesagt: Abtreibung. Die Entscheidung *Dobbs*, vom Juni, die das in die Verfassung hinein gelesene Grundrecht auf Abtreibung kassiert hat und die Zuständigkeit wieder in die Einzelstaaten zurücküberwiesen hat, den Schwangerschaftsabbruch gesetzlich zu regeln, hat sehr viele weibliche Wählerinnen, nicht nur die Stammwähler der Demokraten, mobilisiert, die gesagt haben: Nein, das geht nicht, und Forderungen dann, die Abtreibung sogar in ganz Amerika zu verbieten, müssen wir entgegentreten – das hat sehr mobilisierend gewirkt. Das hat, nach meinem Dafürhalten, vor allen Dingen auch bei den *Early Votern* sehr mobilisierend gewirkt, die haben ihre Stimmen wie gesagt schon sehr früh abgegeben. Das zweite Thema, das die Demokraten neben diesen Wirtschaftsthemen auch sehr stark mobilisiert hat, die andere Seite so gut wie nicht, ist die Frage, ob die Demokratie in den USA in Gefahr ist, weil eben die Durchführung von Wahlen in den Einzelstaaten oft sehr stark voneinander abweicht: Was da erlaubt ist, was nicht erlaubt ist, was die Wahlleiter machen können, wie wird die Wahl am Ende bestätigt, zertifiziert? Da gibt es eben in den republikanisch regierten Staaten Bestrebungen, die von der anderen Seite als Wählerunterdrückung gesehen wird, und das zu beseitigen, da haben ja die Demokraten versucht, ein Bundesgesetz einzubringen, ist aber nicht durchgegangen, weil sie auch in der eigenen Partei nicht alle Senatoren hinter sich hatten.

Gerade die Abtreibungsmobilisierung, glaube ich, war ungewöhnlich hoch und erklärt auch einen Teil des relativ überraschend guten Abschneidens auch einiger demokratischer Kandidaten, die auf wackeligen Sitzen im Repräsentantenhaus sitzen. Das sind dann Wahlkreise, die möglicherweise Trump vor zwei Jahren gewonnen hat, aber sie haben sich behauptet. Auf der anderen Seite hat in der Tat das Thema Inflation und Wirtschaft nicht alles dominiert, aber war ganz stark. Den

Republikanern ist auch ganz gut gelungen, die Schuld für die Inflation, denke ich, bei der Biden-Administration abzuliefern. Die beiden anderen Themen, die da auch dann noch sehr stark eine Rolle spielten, war Kriminalität, also wachsende Kriminalitätszahlen, vor allen Dingen in den großen Metropolen. Dann die Situation an der Südgrenze zu Mexiko, also die Einwanderungsfrage, die Frage: Wer darf reinkommen? Dürfen Migranten auch bei Asylantragstellung schon im Land sein und so fort. Aber wie gesagt, beide haben versucht, mit diesen Themen ihre Leute zu mobilisieren. Es gab relativ wenig Versuche, die vielleicht gemäßigten Wähler direkt anzusprechen – es war in beiden Hinsichten ein Mobilisierungswahlkampf, der mit sehr unterschiedlichen Themen, vor allem in der Frühphase, geführt wurde. Als dann Debatten kamen zwischen den Senatskandidaten, dann musste man natürlich den Wahlkampf gemeinsam führen, weil man mit dem Gegner reden musste, aber davor war es einfach ein Wahlkampf, die eigenen Anhänger an die Wahlurnen zu bekommen. Das ist beiden Parteien auch nicht so schlecht gelungen, was auch wiederum diesen Gleichstand erklärt.

Anja Schüler: Du würdest nicht sagen, dass eine Partei vorne gelegen hat bei der Mobilisierung?

Martin Thunert : Man kann natürlich sagen, dass wenn wir aus der Erfahrung wissen, warum gingen in der Vergangenheit neunzig Prozent der ersten Zwischenwahlen in einer Amtszeit eines Präsidenten in der Regel gegen die Partei dieses Präsidenten aus, dann liegt es daran, dass in der Regel die Wählerinnen der Oppositionspartei mobilisierter waren als die Wähler, die dem Interesse der Präsidentenpartei zuneigen, weil die sich einfach auf dem Erfolg auch ein bisschen ausruhen – wir haben jetzt unseren demokratischen Präsidenten. Also demnach ist es jetzt vielleicht den Demokraten sogar gelungen, ein bisschen überzumobilisieren. Aber offensichtlich hat doch das Abtreibungsurteil und auch die Demokratiefrage vielleicht doch die eine oder andere Demokratin noch zur Wahlurne getrieben, die das sonst nicht gemacht hätte. Und ich glaube, ein Faktor, das ist jetzt nur eine Vermutung, am Ende wurde Barack Obama von den Demokraten, wie ich finde, sehr effektiv eingesetzt. Man hat auch wieder den Unterschied natürlich zu Biden gesehen, auch als Redner vom ganzen Auftritt her natürlich. Dass er nicht so mobil ist, dafür kann ein gut zwanzig Jahre älterer Mann nichts, aber Obama ist ja auch sehr viel alleine aufgetreten und die meisten, die ihn geholt haben, wollten auch, dass er alleine kommt, das muss man auch ganz, ganz offen sagen. Das fand ich schon beeindruckend. Von daher könnte ich mir vorstellen, wenn dann die Zahlen genauer vorliegen, dass er dann doch noch viele Jungwähler, viele junge Minderheitenwähler noch mal in den entscheidenden Staaten an die Wahlurne gerufen hat. Ich erinnere mich nur, als in seiner Rede der Name Trump fiel, haben die Leute alle gebuht, was normal ist, und er hat dann aber gesagt: „Leute, buhen ist okay, aber das reicht nicht, Ihr müsst zur Wahl gehen“ und ich glaube, Obama hat, vielleicht wie kein anderer in der Demokratischen Partei, immer noch einen Zugriff auf die Anhängerschaft und vor allen Dingen auf die Jüngeren und die Minderheitenwähler.

Anja Schüler: “Don't boo, vote!” Ja, dann werfen wir doch mal einen Blick auf die Ergebnisse in den Einzelstaaten. Gibt es da besondere Entscheidungen außerhalb der Kongresswahlen, auf die wir ein Auge haben sollten? Warum sind Sie wichtig? Georgia haben wir schon genannt, da müssen wir einfach noch warten. Welche anderen Einzelstaaten sollten unsere Aufmerksamkeit haben?

Martin Thunert: Ja, also die Einzelwahlen haben zwei Aspekte. Zum einem, wie wählen die Leute in den Einzelstaaten jetzt speziell für den Senat, aber auch fürs Haus, und dann finden natürlich in gewissen Einzelstaatswahlen auch Gouverneurswahlen, also die Legislativen, oder jetzt auf Deutsch übersetzt, die Landtagswahlen statt. Ich will mal kurz einen Blick nur auf die Gouverneurswahlen werfen, das andere würde jetzt zu weit führen – da liegen auch noch nicht alle Ergebnisse vor. Einzelstaaten, auch das ist jetzt vielleicht für die Hörer, die den Podcast nicht regelmäßig gehört haben, sind in den USA für das Alltagsleben der Menschen ungleich wichtiger als in Deutschland, denn die haben einfach mehr Kompetenzen, etwa in Bildungsfragen, auch noch mehr als in Deutschland. Jetzt ist diese Abtreibungssache gekommen, die, wie gesagt, die Zuständigkeit, wie Abtreibung geregelt wird strafrechtlich, ob es erlaubt wird, ob es verboten wird, ob es ohne Ausnahmen ist, jetzt wieder die Einzelstaaten abgegeben hat. Von daher haben auch diese Einzelstaatswahlen noch mal eine neue Dynamik bekommen.

Da muss man sagen, dass wir hier ein paar interessante Gouverneurswahlen hatten, die ein bisschen abweichen vom Landestrend – wo die beiden Parteien fast so eine Art Gleichstand haben. In Florida, zum Beispiel, hat der Gouverneur Ron DeSantis, der seine erste Wahl vor vier Jahren relativ knapp gewonnen hat, und auch Donald Trump hat den Staat Florida gegen Joe Biden nur mit 3 Prozent Vorsprung gewonnen, jetzt mit fast zwanzig Prozent Vorsprung gewonnen. Dasselbe hat der republikanische Senator Marco Rubio bei seiner Wiederwahl geschafft. Das heißt, in Florida sind vor allen Dingen viele Minderheiten zu den Republikanern übergelaufen, selbst der Landkreis Miami, also die Metropole Miami ist eigentlich eine Hochburg der Demokraten, hat mehrheitlich für Ron De Santis gestimmt. Das muss natürlich auch über Florida hinaus die Demokraten etwas beunruhigen, dass eben einigen Minderheiten, die gut schon in der US-Gesellschaft situiert sind, zu den Republikanern wechseln, das haben wir auch in Texas. Deswegen ist es in Texas Peter Rourke auch nicht gelungen, einem früheren Hoffnungsträger der Partei, den Gouverneur Abbott zu entthronen – das war noch nicht mal sehr knapp. Auch im Staat New York stand ja zum ersten Mal die Gouverneurin Katy Hochul zur Wahl, denn sie kam ins Amt, als der alte Gouverneur zurückgetreten war, und sie hat die Wahl dann doch relativ klar gewonnen, aber es ist vielleicht knapper, als man in New York sich vorstellt für einen Demokraten. Auch hier muss die Demokratische Partei aufpassen, dass der Abstand in ihrer Hochburg eigentlich größer sein müsste. Ich glaube, dass da tatsächlich viele Leute, gerade in New York City, nicht zur Wahl gegangen sind, weil sie dachten, die gewinnt sowieso. Aber wer Gouverneur von New York wird, ist auch immer potenziell jemand, der auch mal für die

Präsidentschaftskandidatur in Frage kommt. Ich glaube nicht, dass das bei Frau Hochul jetzt sofort vielleicht der Fall ist, aber wenn sie weiter in diesem Staat regiert und das einigermaßen erfolgreich tut, wird sie zu einer politischen Macht in den USA. Das sind die Punkte.

Zu Georgia würde ich noch sagen, wir haben gerade jetzt auf das Senatsrennen geschaut, aber da haben die beiden Republikaner, die gewählt werden mussten, für die Rolle des Gouverneurs Kemp und für die Rolle auch des Innenministers, sehr überzeugend den Bundesstaat gewonnen – mit so vierundfünfzig bis dreiundfünfzig Prozent. Auch da ist eine Hoffnungsträgerin zum zweiten Mal gescheitert der Demokraten, nämlich Stacey Abrams, und diesmal deutlicher als vor vier Jahren. Das Signifikante ist hier, dass es Wähler der Republikanischen Partei gegeben haben muss, nämlich 4 bis 5 Prozent, die Kemp gewählt haben, der ein Parteifreund, aber kein Anhänger von Donald Trump ist – aber sie haben nicht den Trump-Senatskandidaten Herschel Walker gewählt. Es war vielleicht nicht *Ticket Splitting*, dass sie dann den Demokraten gewählt haben, sie haben da einfach gar kein Kreuz gemacht möglicherweise. Das zeigt eben auch, dass die Trump-Kandidaten vielleicht tatsächlich schlechter abgeschnitten haben als der gegnerische Kandidat der Republikanischen Partei oder in diesem Fall jetzt der Gouverneur. Vielleicht noch als letztes, das hat jetzt keine Überraschung ausgelöst, aber auch ich sagte: Gouverneure können Präsidentschaftskandidaten werden. Wir kommen, glaube ich, am Schluss noch mal auf diese Frage zurück – das wird wieder relevanter.

In Kalifornien hat Gary Newsom gewonnen, der Gouverneur, welcher vor einem Jahr ein *Recall* auch sehr gut überstanden hat – wir erinnern uns mal vor knapp zwanzig Jahren hat ein Gouverneur den *Recall* gegen Arnold Schwarzenegger verloren, also auch das ist in Kalifornien schon passiert. Das ist für mich auch ein ganz klarer Politiker, der Ambitionen auf mehr hat. Wenn du Gouverneur von Kalifornien bist, noch mehr, als wenn du Gouverneur von New York bist, bist du immer ein potenzieller Präsidentschaftskandidat, weil man da hast du schon mal einen riesigen Staat, der auch voll hinter dir steht hat, und du hast auch schon eine gewisse Bekanntheit. Ich bin sicher, dass Gary Newsom früher oder später diese Ambitionen haben wird, und er ist sehr eindrucksvoll bestätigt worden, also die Hochburg Kalifornien ist für die Demokraten eher noch ausgebaut worden.

Anja Schüler: Ja, ich glaube zwei dieser Staaten, wie du eben genannt hast, da muss man wirklich ein Auge draufhaben. Zu New York kann man vielleicht noch ergänzen, dass die Republikaner dort vier Kongresssitze dazugewonnen haben, die sie vorher nicht hatten. Bei Florida muss man noch mal genau hingucken, ich weiß nicht was die Demokraten da überhaupt gewonnen haben. Florida ist immer in den Präsidentschaftswahlen ein klassischer *Swing State* – der steht jetzt wirklich voll und ganz hinter De Santis – er konnte da viel auf sich vereinigen. Bleiben wir für die nächste Frage doch noch mal auf der Einzelstaatsebene. Wir haben vorhin die Volksbegehren, die Volksabstimmungen schon angesprochen, da ging es in diesem

Jahr besonders um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, aber auch um ein paar andere Themen. Was kannst du dazu sagen?

Martin Thunert: Ja, genau diese sogenannten *Ballot Initiatives*, also Volksbegehren, Volksabstimmung, die dann allerdings auch verbindlich sind in der Regel, die haben oft ihre Eigendynamik. Deswegen kann man da keine ganz großen Pauschalisierungen vornehmen. Interessant war es im Staat Michigan, dort wollte die Initiative erreichen, dass völlig restriktive Abtreibungsregelungen verboten werden. Die Gouverneurin ist zurzeit eine Demokratin, die ist auch wiedergewählt worden und hat auch gegen eine von Trump unterstützte Person klar gewonnen. Aber die Landtage, das sind ja immer zwei Kammern, fast immer zwei Kammern in den USA, sind da oft auch republikanisch. Dieser Initiative ist es gelungen, dass die Wähler und Wählerinnen von Michigan gesagt haben, wir wollen nicht, dass Michigan im Landtag eine restriktive Abtreibungsregelung unterstützt, auch für den Fall, dass irgendwann mal wieder die Gouverneurin republikanisch ist, die das dann durchwinken könnte. Das heißt man hat also jetzt schon auch den Blick auf die Zukunft, die dem Landtag oder dem Gesetzgeber in Michigan nicht mehr erlaubt, eine sehr restriktive Abtreibungsregelung, also Verbote nur noch oder mit ganz geringen Ausnahmen, durchzusetzen. Sondern es muss dann da eine Lösung geben, die Abtreibung in bestimmten Fällen auf jeden Fall, so ähnlich wie bei uns in Deutschland Fristenregelungen oder so, erlaubt – das ist signifikant. Es zeigt eben, dass der Grundtenor auch des Urteils des Verfassungsgerichtshofs bzw. auch was einige republikanische Staaten machen, nämlich Abtreibung komplett oder nahezu komplett unter Strafe zu stellen, in der Gesamtbevölkerung der USA keine Mehrheit hat – das wissen wir auch schon aus Umfragen, aber diese Erfolge, diese Initiativen, es gab schon mal vor drei Monaten einen ähnlichen Erfolg im Staat Kansas, zeigen das noch mal.

Weniger einheitlich ist die Einstellung der Amerikaner bei Volksbegehren, bei denen es um die Legalisierung von Cannabis und weichen Drogen geht. Da haben einige Staaten, zum Beispiel Missouri und Maryland, die sonst wenig gemein haben, dafür gestimmt, dass es legalisiert wird. Aber in zwei Staaten, etwa im Mittleren Westen, South Dakota und North Dakota, noch einem dritten Staat dort, haben die Wähler das abgelehnt. Da wird es weiterhin eher eine Regelung geben, wie wir es jetzt auch bei der Abtreibung haben und wie wir es auch, natürlich wissen wir das auch schon, bei der Todesstrafe haben, dass es sich von Einzelstaat zu Einzelstaat unterscheidet, ob man Cannabis und andere weiche Drogen legal kaufen und konsumieren kann oder nicht. Also hier wird wieder mal klar, dass das Land eben die Vereinigten Staaten von Amerika heißt und dass es da auch keine landeseinheitliche Regelung gibt – es gibt da auch kein eindeutiges Muster, dass alles in Richtung Legalisierung oder alles in Richtung Verbot ginge.

Anja Schüler: Ja, noch mal zu einem ganz anderen Thema. Nun sind sowohl in den Einzelstaaten als auch für den Kongress in Washington eine Reihe von republikanischen Kandidatinnen und Kandidaten, nicht alle, aber auch nicht wenige,

unter der Flagge von „Make America Great Again“ gesegelt. Wie haben Sie abgeschnitten, *overall* – eher besser, eher schlechter? In den Vorwahlen sind ja schon einige ausgeschieden. Was meinst du, wie stark ist dieser Flügel der Republikanischen Partei noch?

Martin Thunert: Also, es sind jetzt doch vor allem auf Senatsebene, aber nicht nur dort, einige gescheitert. Da kann man sehr beispielhaft den Staat Pennsylvania herausgreifen, der ist in mehrfacher Hinsicht auch 2024 entscheidend. Das ist ein klassischer *Swing State* – den hat Trump gewonnen, Biden hat ihn zurückgewonnen, aber mit relativ knappen Mehrheiten. Auch da können die Gouverneure, kann die Legislative, natürlich Wahldurchführungsbestimmungen ändern, die dann möglicherweise auch auf das Ergebnis Einfluss haben. Deswegen waren die Wahlen zum Gouverneur und zum Senat von großer Bedeutung, weil schon ein Senatsitz, der kippt, die Mehrheitsverhältnisse ändern kann. Beide republikanischen Kandidaten, der Kandidat für den Gouverneur und der Kandidat für den Senat, waren von Trump massiv unterstützte Kandidaten, und beide haben relativ deutlich verloren. Der im Gouverneurswahlkampf sogar noch mehr. Hier ist wieder ein Muster – viele Trump-Kandidaten sind keine Politiker, sondern sind manchmal *Celebrities*, entweder durch Sport oder durch Unterhaltungssendungen, manchmal sind es wie in Arizona die Gouverneurskandidaten, frühere Nachrichtenanker-Frauen. Dr. Mehmet Oz, ein türkischstämmiger Amerikaner muslimischen Glaubens, der auch nicht so richtig im Staat Pennsylvania wohnt, hat jetzt doch relativ deutlich eine absolut für die Republikaner gewinnbare Wahl gegen einen gesundheitlich geschwächten Demokraten verloren. Das kann ich mir nur so erklären, dass es natürlich auch in der ländlichen Wählerschaft im Staat Pennsylvania der Republikaner Leute gibt, die jetzt sich nicht unter ihrem Traumkandidaten einen türkischstämmigen Amerikaner muslimischer Herkunft, der zudem noch in New Jersey lebt, vorstellen. Ironischerweise haben hier vielleicht leichte Vorurteile der Wählerschaft gegen den von Trump unterstützten Kandidaten dazu geführt, dass der Senat möglicherweise jetzt für die Republikaner dadurch nicht mehr gewinnbar wird, weil sie jetzt von den noch offenen Sitzen mindestens zwei erobern müssen, damit sie da noch eine Chance haben. Hier hat ein Trump-Kandidat ganz klar, oder zwei Trump-Kandidaten, einen *Swing State* sehr eindeutig in das demokratische Lager geschoben, was nicht hätte sein müssen. Das ist auch noch in zwei, drei anderen Fällen, die wir jetzt aus Zeitgründen nicht einzeln aufrollen können, passiert, so dass ich glaube, man sieht das schon ein bisschen, dass die republikanischen Geldgeber, die bis jetzt Trump schon sehr großzügig unterstützt haben, auch nachdenken – die werden sich irgendwann fragen: Ist der wirklich noch der bestmögliche Kandidat, um das Weiße Haus zurückzuerobern?

Anja Schüler: Dann gucken wir noch mal auf einen von Trump unterstützten Kandidaten, der gewonnen hat und jetzt Senator sein wird: den Bestsellerautor J.D. Vance, der in Ohio angetreten ist – Ohio auch, natürlich, traditionell ein *Swing State*. Ob das bei den nächsten Wahlen noch so sein wird, wird man sehen. J.D Vance

jedenfalls hat gewonnen, zieht in den Senat ein, und Donald Trump ist am Vorabend der Wahl noch auf einer Rally aufgetreten für Vance, da ging es ja nicht so sehr um Vance, sondern eher um ihn, und er hat, das haben wir, glaube ich, alle mitgekriegt, für den 15. November ein großes Ereignis angekündigt. Wir alle gehen davon aus, dass er eine erneute Präsidentschaftskandidatur verkünden wird. Du hast es eben schon angesprochen, hätte sie Aussicht auf Erfolg und wer könnte ihm jetzt nach dieser Wahl, die die Karten etwas neu gemischt hat, gefährlich werden in der Republikanischen Partei?

Martin Thunert: Das stimmt. Ganz kurz vielleicht noch zu J.D. Vance, dem Autor von *Hillbilly Elegy*, einem Buch, das erklärt, warum Trump 2016 gewonnen hat und die weiße Wählerschaft erklärt und deren Unzufriedenheit. Natürlich, Vance ist auch ein Kandidat, der auch kein Politiker war, aber er ist deutlich intelligenter und politisch gewiefter als die anderen, und er hatte auch immer mal wieder gewisse Zerwürfnisse über Bedürfnisse mit Trump. Es stimmt, da hat ein Trump-Kandidat gewonnen, und zwar sehr deutlich. Ohio ist komischerweise auf der Präsidentenebene, und jetzt auch offensichtlich beim Senat, schon lange kein *Swing State* mehr. Gerade der Süden von Ohio ist in der Sozialstruktur oft Südstaaten ähnlicher als der Norden bei Cleveland. Das ist in der Tat der Fall, dass Trump sagen kann, mein Kandidat hat gewonnen. Aber ich glaube, dass Vance sich häufiger zum Trumpismus bekannt hat als direkt zur Person Donald Trump, aber das muss man noch mal genauer analysieren.

Ja, zurück zu der Frage: Was heißt das? Ich glaube, ein Hauptgrund warum Trump nächste Woche ankündigen wird für die Präsidentschaft zu kandidieren, ist gar nicht mal so sehr das er sich ganz große Chancen ausrechnet, das tut er persönlich sicherlich, als dass er sich schützen will. Es beginnt nämlich nächste Woche auch die Phase, wo er eigentlich vor dem Ausschuss zum 6. Januar aussagen muss, auch weitere gerichtliche oder staatsanwaltliche Ermittlungen zu Mar-a-Lago, da hat er Geheimhaltungsdokumente mitgenommen in seinen Privatwohnsitz, stehen an. Ich glaube, sein Kalkül ist erst mal, oder das haben ihm auch seine Anwälte gesagt, als so halb offizieller Präsidentschaftskandidat und Expräsident hat das vielleicht eine schützende Wirkung. Das ist, glaube ich, so das Kalkül auf seiner Seite, dass er denkt, es fällt dem FBI noch mal schwerer so was zu machen wie die Durchsuchung. Ich sehe da so ein bisschen Parallelen zu in Italien, zu Silvio Berlusconi, der auch mehrmals, als er schon fortgeschrittenem Alter war, noch mal kandidiert hat, um auch Justizermittlungen gegen sich zu beenden. Denn wir müssen auch sehen, wenn jetzt die Republikaner dann doch noch eine knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus bekämen, würde sich da schlagartig sehr viel ändern. Der Ausschuss zu den Ereignissen vom 6. Januar, Capitol Sturm, würde abgeschafft, wenn der neue Kongress Anfang Januar zusammentritt. Die neue Mehrheit würde den nicht mehr fortführen, und sie würden dafür andere Untersuchungsausschüsse zu den Machenschaften des Biden-Sohns Hunter und auch, das haben sie schon angekündigt, des FBI und des Department of Justice, dem sie Einseitigkeit und autoritäres Vorgehen gegen die Opposition vorwerfen, durchführen. Ich sehe das zunächst mal

bei Trump als eine persönliche Absicherungsstrategie, ob es die Justiz wirklich beeindrucken würde, dass er dann inoffizieller Kandidat der Partei ist, da habe ich meine Zweifel. Ich glaube, dass er selber denkt, dass es in der Öffentlichkeit einfach schlechter ankommt, einen Präsidentschaftskandidaten hart anzufassen, als einen, der einfach Privatmann und nur Ex-Präsident ist.

Ich glaube, im Moment werden sich noch nicht sofort die Gegenkandidaten zeigen. Ron DeSantis ist meiner Ansicht nach dazu bereit, den Konflikt oder den Wettbewerb mit Trump auszutragen, denn der letzte Teil seiner Rede nach seinem triumphalen Sieg in Florida war ganz klar eher eine Bewerbungsrede für ein höheres Amt. Ich habe auch, wenn meine Ohren noch gut funktionieren, was sie manchmal nicht tun, aus den Gesängen und den Rufen seiner Anhänger gehört „*two more years*“ und nicht „*four more years*“ für den Gouverneur – also eben nur noch zwei, bis er dann ins Weiße Haus geht. Es wird aber auch der andere, der in Florida gewonnen hat, Marco Rubio, gehandelt. Der hat schon mal für die Präsidentschaft kandidiert und ist damals gegen Trump einer der erfolgreicherer Gegenkandidaten gewesen – er hat auch nach wie vor Ambitionen, und es gibt sicherlich auch noch zwei, drei andere. Natürlich wäre es auch denkbar, dass DeSantis oder auch Rubio oder auch andere wie Nikki Haley, die frühere UNO Botschafterin und Gouverneurin von South Carolina, die unter Trump ja auch ohne Konflikt und ohne Entlassung, sondern durch freiwilligen Rücktritt gedient hat, mit Trump einen Deal machen, dass er doch noch mal ran darf und sie werden dann Vizepräsidentschaftskandidaten. Auch Mike Pence, der mit Sicherheit, sollte Trump, nominiert sein, nicht mehr Vizepräsidentschaftskandidat wird, wird vermutlich gegen Trump antreten – *there is no friendship between the two anymore*, das kann man, glaube ich, sagen. Es gibt ganz klar Leute, die antreten, und Trump fängt schon an, und das zeigt für mich aber eher, dass er auch ein bisschen, panisch ist zu viel, aber unsicher ist. Er droht jetzt schon Herrn DeSantis auszupacken über ihn und geheime private Details über ihn zu veröffentlichen. Ich glaube, er sieht DeSantis als einen wirklich starken Konkurrenten, der einfach auch noch mal fast eine Generation jünger ist und der auch strategischer denkt. Er hat in diesen Bundesstaat, glaube ich, das muss man auch sagen, wenn man jetzt seine Kulturkämpfe oder so was nicht für zielführend hält, einfach auch einen besseren Managementjob getan als Gouverneur, als es Trump als Präsident gemacht hat. Man muss nur mal vergleichen, wie die DeSantis mit Naturkatastrophen umgeht, er ist auch nicht das Ideal der Klimaschützer, aber das ist besser als der Dilettantismus, den Trump gezeigt hat, als er die Menschen in Puerto Rico und die Helfer dort mit Klopapierrollen beworfen hat. Ich glaube, das wird zu einem Umdenken in der Partei führen, und wenn DeSantis die Ambitionen hat, dann hat er eine ganz große Chance, meiner Ansicht nach.

Anja Schüler: Gut, da haben wir jetzt vorausgeschaut auf 2024 für die Republikanische Partei. Mein letzter Podcastgast sagte ja *“it’s always about the next election”*. Wer könnte bei den Demokraten ins Rennen gehen für die Präsidentschaft in zwei Jahren?

Martin Thunert: Na ja, da ist natürlich immer noch der amtierende Präsident der Hauptkandidat. Ich glaube, ein Joe Biden ist jetzt in einer vielleicht komfortableren Situation, als er gewesen wäre, wenn es jetzt hier einen Erdrutschsieg der Republikaner gegeben hätte. Gleichzeitig ist aber auch die Situation kniffliger. Man kann ihm jetzt nicht vorwerfen, dass unter seiner Führung die Partei kapitulieren musste. Wir wissen auch von früher, dass Bill Clinton eine ganz empfindliche Niederlage bei den ersten Zwischenwahlen hat hinnehmen müssen; er ist trotzdem wieder aufgestellt worden, ohne Konkurrenz, und er ist wiedergewählt worden. Das gleiche ist Obama passiert, der hat vor zwölf Jahren, 2010, dreiundsechzig Abgeordnete verloren seiner Partei und trotzdem hat er keine innerparteiliche Opposition bekommen und ist wieder aufgestellt worden. Natürlich waren das beide damals sehr junge Männer im Vergleich zu Joe Biden, das ist, glaube ich, die kritische Variable. Joe Biden muss im Moment als Präsident der USA in diesem, auch weltpolitisch mittlerweile auch militärischen, Konflikt zwischen der Ukraine und Russland, wo die USA natürlich unverbrüchlich bisher an der Seite der Ukraine standen, vermitteln, und er kann nicht zu einer *lame duck* über Nacht werden – das würde, glaube ich, von der Gegenseite als Schwäche gewertet. Das wäre auch für den Westen nicht gut. Sigmar Gabriel sagte vorgestern auf einer Rede bei der Atlantikbrücke: „Wir können in Europa von Glück sagen, dass ein transatlantischer Präsident im Weißen Haus ist, das ist vielleicht der letzte“. Wenn Biden heute sagen würde, ich höre auf in zwei Jahren, wäre das auch für Europa sicherlich ein Schock und keine gute Lösung. Dennoch, glaube ich, gibt es in der Partei der Demokraten Leute, die sagen, wir müssen Joe Biden irgendwie beibringen, dass er dann zu einem angemessenen Zeitpunkt, vielleicht in einem Jahr, gesagt bekommt, auch vielleicht mithilfe seiner Frau: „Joe, du hast jetzt viele Verdienste, du hast Trump verhindert, du würdest ihn wahrscheinlich auch noch mal verhindern, aber das können andere auch. Du hast jetzt riesige Verdienste, wir können aber in der Öffentlichkeit uns nicht mit einem Präsidentschaftskandidaten abgeben, der dann zweiundachtzig im Wahlkampf wäre und fünfundachtzig oder älter am Ende seiner Amtszeit.“

Vor diesem Dilemma steht die Demokratische Partei. Deswegen glaube ich nicht, dass jetzt schon Leute direkt sagen: Ich will gegen Biden innerparteilich antreten. Aber ich hatte ja schon vorhin den Namen Gary Newsom genannt, der steht in den Startlöchern, sowie Kamala Harris, die Vizepräsidentin, für die es natürlich am besten wäre, wenn Biden einfach zurücktrete vor Ende der Amtszeit, dann wäre sie Präsidentin und könnte dann als Präsidentin in eine demokratische, auch in eine innerparteiliche, Auseinandersetzung gehen. Sie ist weiterhin natürlich eine klare Kandidatin, das ist man als Vizepräsidentin immer. Aber ich glaube, der Glaube an sie, auch in der Partei, ist im Moment so ein bisschen zurückgegangen, um es vorsichtig auszudrücken. Pete Buttigieg, der Verkehrsminister, schneidet in *straw polls* oft sehr gut ab, ist für mich auch ein potenzieller Kandidat, aber da müsste er wahrscheinlich auch vorher aus dem Kabinett ausscheiden, um dann innerparteilich gegen Biden anzutreten. Im Moment muss Joe Biden irgendwann sich erklären, und die Dynamik, ob Trump antritt, wird da auch eine Rolle spielen. Ich finde, das wird

eine spannende Sache für uns werden. Ich glaube, was Biden auf jeden Fall tun wird, ist jetzt eben nicht anzukündigen, dass er nicht mehr antritt oder dass er antritt – er wird diese Möglichkeit immer aufrechterhalten *for the time being*. Aber ich glaube, er wird jetzt in seinem Kabinett oder auch im Weißen Haus ein paar Personalveränderungen vornehmen, weil, auch wenn die Demokraten jetzt besser als erwartet abgeschnitten haben, die Menschen sich sehr stark für *Crime*, für die Einwanderung an der Grenze und ähnliche Themen interessieren und da auch den Demokraten schlechte Noten ausstellen. Das ist potenziell für jeden Kandidaten und für die Partei 2024 eine Gefahr. Ich glaube, er wird einsehen, dass das Personal, das im Moment diese Themen so gemanagt hat, diese doch eher, und ihn zum Teil eingeschlossen, runtergespielt hat, und ich glaube, da wird er was ändern.

Ich könnte mir vorstellen, dass er sowohl im Kabinett, aber vielleicht noch mehr in seinem Team im Weißen Haus, was ja für die politische Richtung viel wichtiger ist als das Kabinett, Änderungen vornimmt. Ich glaube nicht, dass er sein außenpolitisches Team ändern wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Anthony Blinken oder auch der Verteidigungsminister abtreten werden, auch nicht der Sicherheitsberater, weil die machen, glaube ich, unabhängig davon, wie man jetzt zu Joe Biden steht, auch aus europäischer Sicht eigentlich einen sehr guten Job, gerade was den Ukraine-Russland Krieg angeht. Für mich ist der Verteidigungsminister Austin eigentlich so der geheime Star dieser Administration, der Mann macht das sehr diskret, aber unheimlich effektiv, der hat gute Managementfähigkeiten. Und wenn man sieht, wie er mit den asiatischen Verbündeten auch spricht, ohne dass überall dann große Headlines kommen, also das erinnert mich so ein bisschen daran, wie Amerika unter der *Greatest Generation* war, und das nötigt mir sehr viel Respekt ab, das meine ich aber jetzt nicht parteipolitisch. Das ist aber kein Mann, der offen, glaube ich, ein Wahlamt anstrebt, aber wir können, glaube ich, froh sein, dass dieser Mann im Moment das Pentagon bekleidet.

Anja Schüler: Dann würde ich zum Schluss gerne noch mal auf eine Frage kommen, die wir am Anfang angesprochen haben, aber seitdem nicht mehr so richtig, nämlich die Frage nach dem Fortbestand der amerikanischen Demokratie – die war ja sehr präsent, auch im Wahlkampf. Wir haben es erwähnt, im Repräsentantenhaus werden auf jeden Fall eine Menge Republikaner sitzen, die den Verschwörungstheorien von der gestohlenen Wahl anhängen. Gleichzeitig haben wir aber in dieser Wahl noch nicht gesehen, dass Kandidaten verkündet haben, dass sie die Wahl nicht anerkennen würden. Ich glaube, es gibt da einen Fall, vielleicht in Arizona. Die *Washington Post* hat Anfang der Woche die Midterms einen Stresstest für die amerikanische Demokratie genannt. Haben die USA bestanden?

Martin Thunert: Na ja, wenn man jetzt von vornherein sagt, dass da jetzt 200 Abgeordnete sind, die, man müsste sich dann noch mal die Gründe angucken, warum sie an den Wahlausgang Zweifel haben, da gibt es, glaube ich, völlig legitime Gründe. Dann gibt es ein paar Leute, die sagen, wir fanden, dass ein paar Wahldurchführungsgesetze nicht von den Landtagen, sondern nur vom Gouverneur

beschlossen wurden, da habe ich gewisse Sympathien, dass man der Sache dann nachgeht, aber natürlich zu sagen, 12.000 Stimmen wurden versteckt, das ist natürlich völliger Humbug, und das ist gefährlich. Aber von der Durchführung, ich glaube auch, dass vielleicht mit Ausnahme von Arizona, weil da wird es knapp ausgehen, dass da wer immer da unterliegt, vielleicht das anzweifelt, dass der Stresstest bei der Durchführung bestanden worden ist. Wie groß die Gefahr ist für die Demokratie, wenn jetzt etwa die Republikaner die Mehrheit haben, dass etwa der Ausschuss abgewürgt wird, dann Ende Dezember, das vermag ich nicht zu beurteilen. Das hängt auch jetzt noch ein bisschen davon ab, vielleicht, wie der weiter ermittelt. Ich glaube, was diejenigen brauchen, die Trump kriminelles Vorgehen unterstellen – er wird ja seit er Präsident ist, untersucht: Mueller, Senatsuntersuchungen auch zu den Russland-Connections. Es müsste mal in eine belastbare Anklage führen, denn sonst werden Trump und seine Unterstützer einen Unbesiegbarkheitsmythos aufbauen, und es wird immer gesagt, die nächste Untersuchung wird ihn rankriegen, der *District Attorney* von Manhattan hat ihn. Aber bis jetzt hat ihn noch niemand richtig drangekriegt. Ich weiß nicht, ob die alle wirklich dran glauben, dass die Wahl wirklich gestohlen wird und ob sie das nur tun, weil das identitätsbildend wirkt, weil es mobilisierend gewirkt hat, noch dran glauben würden, wenn er wirklich von einem unabhängigen Gericht verurteilt würde für irgendetwas. Also, ich glaube, diese Sache würde zusammenbrechen, wenn Trump mal nicht nur beschuldigt würde, sondern ihm auch eine Sache wirklich gerichtsfest nachgewiesen würde. Die Mueller-Untersuchung hat es damals nicht ergeben, aber auch die nachfolgenden Dinge nicht. So lange kann Trump sagen: na ja, die wollen mich ja auch. Zwei Impeachmentverfahren sind gescheitert gegen ihn. Also, wenn er nicht mal tatsächlich jetzt verbindlich einer strafrechtlichen Verfehlung oder auch zivilrechtlichen Verfehlung überführt wird, dann sehe ich nicht, dass dieser Mythos, der Mann ist eigentlich unbesiegt aus dem Amt gefegt worden, so schnell abklingt. Die amerikanische Demokratie hat viele Aspekte, auch was Meinungsbildung an sich angeht. Ich sehe auch durchaus, dass *Checks and Balances* in den USA noch ganz gut funktionieren, sonst wäre Donald Trump jetzt noch im Weißen Haus. Gegen keinen Präsidenten ist so stark ermittelt worden von Anfang an wie gegen ihn – wie gesagt, zum Teil ohne die von den Ermittlern erhofften Ergebnisse.

Beim Meinungsbildungsprozess, der Pluralität, auch der Medien, da würde ich eher sagen, muss man auch hingucken, was jetzt die großen Techgiganten-Monopole, also wo nicht staatliche Probleme der Willensbildung auftauchen, machen, wenn jetzt Twitter seine Funktion verlieren sollte oder ändert. Also, man muss das Gesamtbild sehen, da wo die Gefahr da ist, bei einigen Wahldurchführungsbestimmungen in bestimmten Bundesstaaten, da ist es jetzt schon mal ganz gut, dass einige der Leute, die da extreme Positionen vertreten, vielleicht nicht durchgekommen sind, aber das werden wir dann beantworten können, deswegen wäre für mich dann der eigentliche Stresstest vielleicht tatsächlich erst die 2024er Wahl. Wenn das dazu führen würde, dass vielleicht ein Präsident, der eigentlich gewinnen würde, gar nicht mehr gewinnen kann, weil seine Wähler abgeschnitten werden, das wäre dann noch mal eine andere

Qualität, und da müsste man dann wirklich das rote Lämpchen ganz dunkelrot flackern lassen. Aber es sind relativ spezifische Dinge, etwa die Breite der Meinungsäußerung, dieses Grundrecht ist nach wie vor sehr, sehr präsent und deswegen bekommen die USA auch in vielen Indizes partiell sehr schlechte Noten, aber nicht immer durchweg. Ich weiß, dass ich da ein bisschen von der akademischen Mehrheitsmeinung abweiche, dass ich das nicht so akut sehe, diese Bedrohung, aber ich habe das Gefühl, in den USA gibt es allerhand Bewegungen, die oft viel brutaler und extremistischer sind, weil die einen sehr erweiterten Freiheitsbegriff haben, der mir manchmal auch zu weit geht wie etwa bei der Holocaustleugnung, aber diese Bewegungen haben es im Gegensatz zu europäischen Ländern in der Regel dann doch nicht geschafft, zu regieren oder das Land völlig zu beherrschen. Faschistische Bewegungen, extremistische jeder Art hat es gegeben, gibt es heute natürlich. Wenn man in die USA geht, denkt man, da gibt es viel mehr Neonazis als in europäischen Ländern, und die begehen auch schreckliche Taten, etwa die Bagatellisierung des Angriffs auf Pelosis Ehemann von einem der beiden Trump Söhne. Das ist natürlich nicht nur geschmacklos, das wird auch, glaube ich, eher Republikaner, normale Menschen, die die Partei aus anderen Gründen unterstützen, weil ihnen ihre Wirtschaftspolitik gefällt, weil ihnen vielleicht auch ihre Einwanderungspolitik gefällt, zum Nachdenken bringen, ob man da nicht doch Kandidaten hat, die ohne solche Dinge auskommen, wie das eben Trump jr. oder auch sein Vater machen. Ich glaube, dass die USA diesen Stresstest – ich weiß, dass das wie gesagt, im Widerspruch zu vielen Analysen steht – am Ende des Tages doch eher bestehen. Ich hätte da eher bei einigen europäischen Ländern meine Zweifel.

Anja Schüler: Ja, ganz herzlichen Dank für diese Einschätzung. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir bis zu den Präsidentschaftswahlen noch den einen oder anderen Podcast noch zusammen machen werden. Wir haben jetzt gar nicht gesprochen über Wahlkreiszuschnitte, da wird es sicherlich auch noch ein *Supreme Court* Urteil geben. Wir haben nicht gesprochen über Wahlbeschränkungen für Minderheiten. Ich glaube, das ist dann vielleicht noch mal ein ganz anderer Podcast. Erst mal herzlichen Dank für heute und für deine Einschätzung zu den Midterms. Martin, Gruß nach Frankfurt.

Martin Thunert: Ja, ich grüße auch.

Anja Schüler: Im nächsten Monat wird sich der HCA Podcast mit einem ganz anderen Thema beschäftigen. Dann werden wir hier an dieser Stelle die Arbeit des Kirchenhistorikers David Komline vorstellen, der als Alexander von Humboldt Fellow am HCA ist. Sein Kollege Edward Menger wird hier an meiner Stelle sitzen und moderieren. Das war die neue Folge des HCA Podcasts. Er wird produziert vom Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg. Mein Name ist Anja Schuler, und ich bedanke mich herzlich bei Eléna Brandao -Mecker für die technische Unterstützung und bei Ihnen für Ihr Interesse. Wir hören uns wahrscheinlich erst im neuen Jahr wieder. Bis dahin bleiben Sie uns treu, und bleiben Sie gesund.